

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortverkehr vierteljährlich M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hieszu Bestellgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfändigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peltzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 140.

Montag, den 19. Juni

1905.

Freistimmen zur Verfassungsrevision.

Eine Verfassungsrevision ist ein schweres Stück Arbeit, das spiegelt sich auch in den Besprechungen der führenden Parteiblätter wieder, die teilweise nur zögernd zu der neuesten Regierungsvorlage Stellung nehmen. Die konservative „Reichspost“ beschränkt sich auf die Erklärung, daß ihre politischen Freunde mit dem besten Willen, eine möglichst gute Reform zu Stande zu bringen, an den Entwurf herantreten, und es an fleißiger Arbeit nicht fehlen lassen werden. — Eine möglichst gute Reform in konservativem Sinne kann eine möglichst schlechte Reform in demokratischem Sinne sein.

Der „Schwäb. Merkur“ maibierte für Annahme des Regierungsentwurfs. Er schreibt:

„Wer von der Notwendigkeit einer Aenderung unserer Verfassungszustände überzeugt ist, der muß nunmehr versuchen, mit der Regierung eine Einigung herbeizuführen, denn auch der Auffassung der Regierung, daß ein längeres Zuzwarten das Gelingen eher erschweren als erleichtern wird, kann irgend ein ernstlicher Grund nicht entgegengesetzt werden. Es wird deshalb die Aufgabe der Abgeordnetenversammlung sein, Verschleppungsversuche, sie mögen kommen, von wem sie wollen, zu überwinden und noch in dieser Tagung, ehe die Kammer in die Ferien auseinandergeht, ihre Entscheidung herbeizuführen, damit der Entwurf noch vor Vorbruch an die Erste Kammer wenigstens hinübergegeben werden kann. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die Grundlinien der jetzigen Reformvorlage nicht wesentlich verschoben werden. Die Parteien, die die Reform wollen, müssen deshalb auch den Willen und die Fähigkeit haben, sich eine Beschränkung in ihren Wünschen aufzuerlegen. Daß der nun vorgelegte Entwurf für diese Parteien eine geeignete Grundlage für die Beratungen bietet, das wird man wohl nach den bisher gepflogenen Verhandlungen annehmen dürfen.“

Ein kleines Bedenken ist dem Schw. M. die verkleinerte Kammer, er schließt das aber rasch hinter, weil sonst Gefahr im Verzug ist, daß wieder keine Einigung erzielt wird. Erfreut ist der Schw. M. von dem Ausbau der ersten Kammer, durch den ein Oberhaus geschaffen werde, das den modernen Begriffen und Bedürfnissen in einem ungleich besseren Grade entspreche, als dies bei der jetzigen Kammer der Ständeherren der Fall sei. Zum Schluß meint er dann freilich mit einem leisen Seufzer, daß die Reform kein Idealwert sei, aber bei aufrichtiger und selbstloser Arbeit werde es möglich sein, die Reform zur Tat werden zu lassen. Kühler klingt natürlich die Sprache der demokratischen Organe. Der „Beobachter“ schreibt:

Wir können von unserem demokratischen Stand-

punkt den Entwurf als eine Erfüllung der demokratischen Forderungen nicht begrüssen; aber wir müssen anerkennen, daß das Ministerium sein Versprechen, die Verfassungsrevision nicht ruhen zu lassen, eingelöst hat. Die Verhandlungen, die unmittelbar bevorstehen, werden der Volkspartei gestatten, ihren Standpunkt zu vertreten und an einer der politischen Lage entsprechenden Verbesserung des heutigen Zustandes und des Regierungsentwurfs mit aller Entschiedenheit mitzuarbeiten oder aber vor Land und Volk festzustellen, daß auf dem betretenen Weg einer Anerkennung der Notverordnung ein dem Landesbedürfnis entsprechendes sukzessives Vorwärtsschreiten unmöglich ist. Nous verrons!

Die „Frankf. Sta.“ schreibt:

Im ganzen wird man sagen können, der Regierungsentwurf der Regierung ist so geartet, daß er trotz mancher ersten Bedenken, gegen einzelne Teile im Ganzen doch eine geeignete Grundlage bietet, auf der ein merkbarer und längst als dringend notwendig empfundener Fortschritt des württembergischen Verfassungslebens erzieltbar ist. Sein weiteres Schicksal läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht übersehen, nur soviel weiß man aus der Erklärung Gröbers vom vorigen Jahre, daß das Zentrum die Vorlage bekämpfen will. Es wird dies offen, und wie wir vermuten, auch unter der Oberfläche tun: daß es ihm gelingt, in der zweiten oder ersten Kammer das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern, darf bezweifelt werden. Es ist noch keine Verfassungsrevision von einem solch entschiedenen Willensausdruck der Krone zur Durchführung der Reform begleitet gewesen. Dieser Wille kann, wenn er mit dem gebührenden Nachdruck geltend gemacht wird, auch für diejenigen nicht ohne Einfluß bleiben, welche so großen Wert darauf legen, ihre Treue gegenüber dem Throne zu bewahren. Der gesetzgeberische Weg der Vorlage ist nicht völlig frei von Hindernissen, aber die Aussichten sind nicht ungünstig. Die Mehrheit der Abgeordnetenversammlung wird mit Eifer für das gute Werk trotz der vorgerückten Jahreszeit die Arbeiten betreiben, sodas nach dem Beginn der Sommerferien die Abstimmung über das Gesetz erfolgen kann. Möge die Wähe diesmal von Erfolg gekrönt sein!

Am schärfsten spricht sich die „Schw. Tagwacht“ über den Entwurf aus. Sie schreibt u. a.:

„Die Vorlage bewegt sich in ihren Hauptzügen in gerade entgegengesetzter Richtung zum Volkswillen. Der ausgesprochene Hauptzweck dieser Reform ist die Kammer der Ständeherren aufzufrisken. Der Volkswille aber hat sich klar und be-

stimmt für Beseitigung dieses Instituts ausgesprochen. Das Zweikammersystem wird immer ein Hindernis für die fortschrittliche Entwicklung des Landes bleiben. Es fälscht und verzerzt den Volkswillen, es unterdrückt die berechtigten Wünsche und Forderungen des Volks, es begünstigt die Sonderinteressen des großen Besitzenden und verkürzt den Anteil der breiten Massen an der eigenen Staatsverwaltung. Kurz, es bildet ein gewaltiges Hemmnis der allgemeinen kulturellen Entwicklung. Darum wird die Sozialdemokratie von ihrem Standpunkt, daß das Zweikammersystem zu verwerfen und eine auf vollster demokratischer Rechtsgleichheit aller Staatsbürger beruhende reine Volkskammer zu schaffen ist, nimmermehr abgehen. Was die Vorlage an Vorteilen im Vergleich zu dem bestehenden Zustand bietet, ist sehr klein. Ein zweifellos Fortschritt ist die Entfernung der Privilegierten aus der Zweiten Kammer. Eine Konzession an die demokratischen Reformbestrebungen ist auch die Zuerkennung von 6 Vertretern an Groß-Stuttgart an Stelle des seitherigen einen, wemgleich dieses Zugeständnis der Gerechtigkeit bei weitem noch nicht Genüge tut. Vielleicht darf auch die Aufhebung der Stichwahlen als eine kleine Verbesserung des bestehenden Zustandes bezeichnet werden, die aber von mehr praktischer als prinzipieller Bedeutung ist. Damit aber sind die Vorteile des Reformplans schon so ziemlich alle aufgezählt. Zahlreicher sind die Unzulänglichkeiten und direkt reaktionären Bestimmungen der Vorlage.“

Zu diesen Unzulänglichkeiten rechnet die Schw. L. insbesondere die „kleine Kammer“; sie erklärt, es müsse „für alle Fälle“ ein rein demokratischer Ersatz für die Privilegierten verlangt werden. Außerdem sieht es in der Einführung der Proporzwahl für die Stadt Stuttgart eine „sichtliche Benachteiligung der Sozialdemokratie“ gegen die „Stellung genommen werden müsse“. Die schärfste Seite der Vorlage sei sodann die Erneuerung und Verstärkung der Ersten Kammer. Die Erste Kammer werde also nach wie vor eine ausgesprochene Vertretung der Sonderinteressen der herrschenden Klassen bleiben, und sie werde dadurch, daß ihr frisches Blut zugeführt wird, in ihrem Bestand gesichert. In vielen Fragen werde sie den Volksforderungen noch entschiedeneren Widerstand entgegensetzen und ihre völlige Entfernung werde künftig viel schwerer sein als seither. Darum werde sich die freibeitlich denkende Bevölkerung Württembergs von diesem Reformvorschlag nicht nur nicht befriedigt erklären, sondern sie werde Abrechnung halten mit denjenigen, die verschuldet haben, daß die demokratischen Volksforderungen unerfüllt bleiben.

Verfleiertes Glück.

Roman von Ewald August König.

11

„Wußten Sie, daß er gestern Abend von seinem Onkel ein namhaftes Kapital fordern wollte?“

„Er hat es mir erst heute Morgen gesagt.“

„Dabei war er wohl sehr aufgeregt?“

„Davon habe ich nichts bemerkt, er hatte Kopfschmerz, wahrscheinlich aus Ärger über den Geiz seines Onkels.“

„Gabriel Wendlein soll nicht geizig gewesen sein!“

„So sagt die Haushälterin, vielleicht wird sie nun behaupten, er habe ihr dies und jenes geschenkt. Aber ich weiß es besser und werde ihr scharf auf die Finger sehen, wenn sie mit Sad und Pack abzieht.“

Der Untersuchungsrichter machte nicht weiter fragen, es ging ja aus allen Auslagen der Zeugin hervor, daß sie nur bestrebt war, die Haushälterin zu verächtigen, um den Verdacht von ihrem Sohne abzulenken.

„Diese Frau muß scharf beobachtet werden,“ wandte der Staatsanwalt sich zu dem Polizeikommissar, als sie das Zimmer verlassen hatte, „die Möglichkeit liegt nahe, daß sie an der Tat beteiligt war.“

Im nächsten Augenblick trat Hermann ein, auch er stand mit trotziger Haltung vor dem Richter, die Vorfragen beantwortete er rasch, mit unverkennbarer Ungeduld, schon dadurch machte er einen ungünstigen Eindruck auf die Herren.

Der Untersuchungsrichter zog die Decke fort, unter der die Leiche lag, Hermann konnte den entsetzlichen Anblick nicht ertragen, er verhäufte das Antlitz mit beiden Händen.

„Wann verließen Sie gestern Abend dieses Haus?“ fragte der Assessor.

„Bald nach elf Uhr,“ erwiderte Hermann mit vibrierender Stimme, indem er die Hände wieder sinken ließ.

„Sollte es nicht später gewesen sein? Wegen elf Uhr ging Fräulein Spiger zu Bett, Sie sahen um diese Zeit noch hier in diesem Zimmer und zwar bei einer vollen Flasche, die Sie doch auch noch mit Ihrem Onkel ausgetrunken haben!“

„Das ist richtig, wir tranken sehr rasch, es kann vielleicht halb zwölf gewesen sein.“

„Sie gingen dann sofort nach Hause?“

„Nein, ich war noch im Wiener Cafe und trank dort Brog,“

antwortete Hermann, dem forschenden Blick des Assessors ausweichend, „ich hatte mich über meinen Onkel geärgert.“

„Weil er Ihnen das Geld nicht geben wollte, das Sie von ihm forderten.“

„Er hätte mich glücklich damit machen können, mein zukünftiger Schwiegervater wollte mich als Assozie ins Geschäft aufnehmen, aber ich sollte ein Kapital von zehntausend Talern einlegen. Das Kapital wäre sicher gestellt worden und die Zinsen hätte ich auch gezahlt, soviel wüßte ja die frequente Wirtschaft ab. Das sagte ich meinem Onkel, aber er wollte nicht.“

„Er sagte Ihnen, nach seinem Tode könnten Sie mit seinem Gelde machen, was Sie wollten, aber er ziehe sich nicht eher aus, bis er zu Bett gehe.“

„Fräulein Spiger hat für solche Dinge ein gutes Gedächtnis,“ erwiderte Hermann voll Bitterkeit, „sie sah ja dabei, und ich habe die Blide wohl gesehen, die sie meinem Onkel zuwarf. Sie stand immer zwischen ihm und uns.“

„Wir reden jetzt nicht von Fräulein Spiger,“ unterbrach der Richter ihn, „bleiben Sie bei der Sache. Sie sind später, als die Haushälterin sich entfernt hatte, nochmals auf das Darlehn zurückgekommen?“

„Nein, es wäre unnütz gewesen. Wenn mein Onkel einmal mein gesagt hätte, dann half kein Bitten mehr, es blieb dabei. Und kniefällig zu betteln, dazu bin ich zu stolz!“

„Aber Ihr Onkel machte Ihnen nun Vorwürfe? Sie gerten dadurch in Horn?“

„Auch das nicht; er sagte mir nur, er halte es ratfamer, daß ich die Verlobung wieder löse, da ich ja jetzt und auch wohl in einigen Jahren noch nicht eine Familie ernähren könne.“

„Und dann zeigte er Ihnen diese Papiere?“ fragte der Assessor, ihm die Rechnungen vor die Augen haltend.

„Wer hat das behauptet?“ brauste Hermann entrüstet auf.

„Fräulein Spiger? Sie mag triftige Gründe haben, solche Lügen auszusprechen.“

„Ich ersuche Sie noch einmal, bei der Sache zu bleiben. Die Papiere lagen dort auf dem Schreibtisch, unter ihnen auch dieser Brief, in welchem der Schuhmacher Müller Ihren Onkel fragt, ob er für Ihre Schulden sich verbürgen wolle.“

„Diesen Brief hat mein Onkel vor einiger Zeit erhalten,“

antwortete Hermann noch immer erregt, „er machte mir Vor-

würfe, er wollte wissen, wie groß der Betrag meiner Schulden sei, daraufhin habe ich ihm gestern Abend die Rechnung übergeben, und er sah daraus, daß die Summe nicht so groß war, wie er glaubte. Wir sind in Freundschaft von einander geschieden, er versprach mir sogar, daß er sich's überlegen werde, ob er meine Schulden tilgen wolle, wie er immer gütig gegen mich war, wenn die Haushälterin uns allein ließ.“

„Begleitete er Sie zur Haustür?“

„Natürlich, ich hörte auch, daß er hinter mir die Tür verriegelte. Aber als ich draußen war, ärgerte ich mich doch über ihn und deshalb ging ich ins Cafe.“

„Sie haben Ihre Mutter gestern Abend nicht mehr gesehen?“

„Nein, sie schlief schon.“

„Und heute Morgen sind Sie auch nicht hierher geeilt, als Sie die Nachricht von dem Tode Ihres Onkels empfangen,“

sagte der Richter, nachdem er mit dem Staatsanwalt einen bedeutungsvollen Blick gewechselt hatte, „Sie nicht und auch Ihre Mutter nicht!“

„Meine Mutter glaubte ohne Verzug den Notar benachrichtigen zu müssen, bei dem das Testament liegt,“ erwiderte Hermann, in dessen Zügen nun doch die innere Angst sich spiegelte. „Ich ging zum Stadtrat Scharrenberg, um mich für heute beurlauben zu lassen.“

„Und von dort aus kamen Sie sofort hierher? Waren Sie vorher nicht wieder im Wirtshaus?“

„Ich war bei meiner Braut, um auch sie zu benachrichtigen,“ fuhr Hermann trotzig fort, „Ihr Vater ist Wirt, er setzte mir ein Glas Rogmal vor und ich habe getrunken. Vielleicht zwei oder drei Gläser auch, wer will mir daraus einen Vorwurf machen? Von dem Mord wußte ich nichts; Fräulein Spiger hatte uns gesagt, der alte Mann habe selbst sich das Leben genommen.“

„Und wie erklären Sie sich diesen Mord?“

„Ich glaube nicht an ihn. Der alte Mann hat ja hinter der Tür gehangen!“

„Allerdings!“ sagte der Assessor und seine Stimme klang jetzt schneidend. „Der Mörder hat aber vorher sein Opfer erdrosselt und dann erst aufgeknapft, er bedachte nicht oder wußte es nicht, daß die Erwürgung sichtbare Spuren hinterließ, die den untersuchenden Ärzten nicht entgehen konnten.“

11 8,20

Das Zentrumorgan schweigt. Man weiß warum.

Bundschau.

Die badischen Nationalsozialen sind nun mit einem Programm auf den Plan getreten. In der Einleitung wird betont, daß die Nationalsozialen „unbedingt Anhänger der demokratischen Fortentwicklung unserer Institutionen“ sind. Im einzelnen werden u. a. folgende programmatische Forderungen aufgestellt: Allgemein gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Kommunalwahlen, Revision der Städteordnung, Magistratsverfassung, Ausbau der Simultan Volksschulen und des obligatorischen Fortbildungunterrichts, Aufhebung der Internate an den Lehrerseminaren, freie Vorbildung der Lehrer in den Mittelschulen, Gleichstellung der Lehrer im Gehalt mit mittleren Staatsbeamten, Anstellung von Schulärzten, gesetzliche Regelung der Klosterfrage, Zuwachsteuer, Wohnungsgezet, Reichseisenbahngemeinschaft, Bahn, niedrige Tarife, zwei Wagenklassen, Maximalarbeitszeit, Arbeiterkammern auf Grundlage des Proporz, Witwen-, Waisen- und Arbeitslosen-Versicherung, Landwirtschaftskammer mit direkter Wahl, Ausbau der Erbschaftsteuer und Beseitigung der indirekten Abgaben bei notwendigen Lebensmitteln.

Deutsche Kolonialgesellschaft. In der letzten Sitzung der deutschen Kolonialgesellschaft in Essen wurde die Besiedelungsfrage von Deutsch-Südwestafrika eingehend erörtert. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß gerade diesem Gebiet die höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, daß es aber nicht ratsam sei, weitergehende Maßnahmen in der Besiedelungsfrage zu treffen, bevor der Aufstand im Schutzgebiet niedergeschlagen sei. Ein Antrag, für die Besiedelung Deutsch-Südwestafrikas einzutreten, wurde dem Verwaltungsrat für Wohlfahrtswörter als Material für die Verwendung der für Südwestafrika bestimmten 2 Millionen aus Lotterieverträgen überwiesen. Ein Antrag, der Abteilung Bremen, der Beteiligung der Interessenten an der Verwaltung der Kolonien wünscht, rief lebhafteste Erörterung hervor. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit einen Beschluß an, worin der Ausschuß beauftragt wird, im Sinne des Antrags beim Reichstags und bei der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes einzutreten. Die Versammlung ehrte sodann das Andenken Wismanns durch Erheben von den Sigen. Nach Erledigung interner geschäftlicher Angelegenheiten wurde die diesjährige Tagung vom Präsidenten Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg geschlossen.

Staudale im österreichischen Reichsrat. Der Reichsrat trat Donnerstag nach mehrwöchiger Pause wieder zusammen. Gleich in der ersten Sitzung kam es zu hitzigen Szenen bei der ersten Lesung der Vorlage des Gesetzes für die Erhöhung der Gebühren für die katholischen Priester bei kirchlichen Funktionen. Graf Adalbert Sternberg sprach für das Gesetz unter Ausfällen gegen die Sozialdemokraten. Daran knüpfte sich eine heftige Debatte. Der Sozialdemokrat Schuhmeier nannte den Grafen Sternberg einen fittich verkommenen, verlotterten Grafen, einen Mann, der weder seinem Stande noch seinem Volke zur Ehre gereiche, der durch seine Anwesenheit und sein Verhalten in gewissen Nachtlokalen die Ehre des Abgeordneten Hauses herabsetze. Er möge über die Sozialdemokraten sagen, was er wolle. Graf Sternberg: „Ein solches Ehrenzeugnis ist mir noch nicht ausgestellt worden. Alle Lumpen ohne Ausnahme sind gegen mich!“ Diese Worte entfesselten einen Sturm der Entrüstung bei den fortschrittlichen, deutschen und sozialdemokratischen Parteien. — Schuhmeier: „Im sozialistischen Staate würden Sie ins Irrenhaus oder Asyl für Säuer kommen.“ — Graf Sternberg: „Sie gehören ins österreichische Irrenhaus!“ — Schuhmeier: „Ihre Strafe sollte darin bestehen, in eine Anstalt zu kommen, wo Sie sich ehrlich Ihr Brot verdienen müßten.“ — Bernstorfer: „Ein dreidiger Verleumder sind Sie!“ — Gröhl: „Er benimmt sich nicht wie ein Abgeordneter, sondern wie ein Lausbub!“ (Folgt großer Lärm!)

Schuhmeier tritt sodann für die Trennung der Kirche vom Staat ein. Die Kirche sei reich genug, sie besitze nach ihrer eigenen Angabe in Oesterreich 813 Millionen Kronen. Das Erzbistum Wien habe ein Reinertrags von 160 000 Kronen, das Domkapitel Wien ein Vermögen von über 3 Millionen Kronen und ein Ertrags von 98 000 Kronen. Es lohne sich also, im Wein- und Garten des Herrn zu arbeiten. „Die Geistes-Hen“, fährt er fort, „haben die armen Leute bei der Bemessung der Stofatze ordentlich über's Ohr. Es ist eine Schande, daß die Regierung diesem offenkundigen Vetrug zusieht. Die Handlungsweise der Kirche ist die beste Agitation für die „Los von Rom-Bewegung“. Die Klerikaler machen nach außen hin Kravall und reden von Vogelfreiheit des Klerikalismus, aber in Wahrheit nutzen sie den Staat weißlich aus. Die Not des Klerus aber könnte der Staat viel besser durch Sanierung des Religionsfonds lindern.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Deutschland und Frankreich. Aus Paris meldet der Lok-Anz.: General Lacroix, der nach Lyon zurückgekehrt ist, zeigte seinen Besuchern das ihm geschenkte große Bildnis des Kaisers Wilhelm. Lacroix erklärte, daß er der Regierung einen objektiven Bericht über seine militärischen Wahrnehmungen erstattete und es ihr überlasse, daraus die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. In der gesamten Presse wie in den parlamentarischen Kreisen gelangt heute der lebhafteste Wunsch zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Periode der Beängstigung ein rasches Ende nehme.

Tages-Chronik.

Berlin, 16. Juni. Nachdem außer Italien und Oesterreich-Ungarn auch die Vereinigten Staaten der Marok-

ko-Konferenz zugestimmt hatten, halten unterrichtete Kreise das Zustandekommen der Konferenz, natürlich mit Zustimmung Frankreichs, für sehr wahrscheinlich.

Höchingen, 16. Juni. Heute mittag traf der deutsche Kaiser von den Besetzungsfestlichkeiten in Sigmaringen kommend hier ein und fuhr auf den Hohenzollern, die Volksmenge brachte dem Kaiser begeisterte Jubilationen dar. Kurz nach 4 Uhr fuhr der Kaiser nach Hannover weiter.

Essen, 16. Juni. Die Regierung wird wahrscheinlich vermittelnd in den Streit im rheinisch-westfälischen Baugewerbe eingreifen. Vorbereitende Schritte sind schon getan.

Hannau, 16. Juni. 11 bürgerliche Mitglieder des Hanauer Stadtverordnetenkollegiums haben gegen den sozialdemokratischen Stadtverordneten Soth, ehemaliger Reichstagsabgeordneter, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Beleidigung soll laut „Dan. Btg.“ darin bestehen, daß Hoch den betreffenden Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung, als auch in der Presse wiederholt vorgeworfen habe, sie hätten in einer dem Stadtverordnetenkollegium zur Beschlußfassung vorliegenden Sache wider besseres Wissen gehandelt und abgestimmt.

Karlsruhe, 16. Juni. Wie verlautet, ist der Termin für die Landtagswahlen auf den 23. Oktober festgelegt.

München, 16. Juni. Prinz Arnulf von Bayern, der bereits seit längerer Zeit magenleidend ist, hat, wie die Augsburg. Abendztg. meldet, dem Prinzregenten um Erhebung von dem Kommando des 1. bayerischen Armeekorps gebeten. Dem Eruchen des Prinzen wird stattgegeben und Prinz Ruprecht zu seinem Nachfolger ernannt werden.

Nürnberg, 16. Juni. Die erste deutsche Arbeitersekretärin. Das Gewerkschaftsartikel Nürnberg hat unter sieben Bewerberinnen die Genossin Helene Grünberg in Berlin einstimmig als Arbeitersekretärin gewählt. Sie tritt ihr Amt am 1. Juli an.

Vienna, (Steiermark), 16. Juni. Ueber die näheren Umstände beim Tode Wismanns wird noch gemeldet: Gestern abend ging Wismann in Begleitung seines Sohnes und eines Försters auf die Pirsch. Bei Eintritt der Dunkelheit pfiff der Förster der Verabredung gemäß dreimal, dann rief er Wismann an und erhielt noch die Antwort „Ja“. In diesem Augenblick trachte ein Schuß und der Jäger fand Wismann tot auf. Der Schuß war ihm links ins Auge eingedrungen und hatte die Schädelkapsel abgehoben. Das Gewehr stand zwischen den Füßen Wismanns; ein Lauf war abgeschossen, der zweite Fahh war gespannt. Um 11 Uhr nachts wurde der amtliche Tatbestand aufgenommen. Die Leiche wird nach Köln verbracht werden.

Paris, 16. Juni. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit einer allgemeinen Prüfung der gesamten auswärtigen und inneren Politik. Am Ende der Beratung wurde beschlossen, daß der Minister-Präsident Rouvier auf das Ministerium der Finanzen verzichtet und definitiv die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen soll. Der Präsident der Republik unterzeichnete das Ernennungsdekret. Die Ernennung des neuen Finanzministers erfolgt heute Abend oder morgen.

Verdächtiger Leichenfund. Nach einer Bekanntmachung der Polizeiverwaltung in Höchst a. M. wurden dort am 14. ds. Mtz. an der Sodener Bahn die Leichenteile eines etwa 6jähr. Knaben gefunden. Es wird vermutet, daß ein Verbrechen vorliegt und daß die fast völlig verweste und nicht mehr erkennbare Leiche verborgen gehalten und erst in den letzten Tagen an den Aufwindungsraum verbracht wurde. Die Kleidung besteht aus dunkelgrauem Joppenanzug mit gleichfarbigem Zeuggurt. Zur Aufklärung des Falles dienliche Anhaltspunkte wollen der Stuttgarter Kriminal-Polizei oder der Polizeiverwaltung in Höchst mitgeteilt werden.

Professor Bernide, der Vorleser der königlichen psychiatrischen und Nervenklinik zu Halle a. S., der vorgestern im Geratule auf einer Radfahrt verunglückt, ist seinen Verletzungen erlegen.

Ein über die Rheingegend niedergegangenes Unwetter hat wiederum in den Weinbergen des Oberrheins und der Mosel große Verheerungen angerichtet. Auf dem Rhein traf der Blitz ein großes mit Äpfeln beladenes Schlepsschiff. Die alsbald vom Ufer aus abgehende Hilfe bewahrte den Schlepper vor größerem Schaden. In Rhens schlug der Blitz mehrfach ein. Bei Ems traf ein Blitzstrahl eine Hütte, in der mehrere Grundarbeiter Schutz suchten. Einer wurde getötet, die übrigen schwer verletzt.

Ein österreichischer Bergmann in Hochheide bei Krefeld erstickte sein drei Monate altes Kind und vergewaltete seine Frau durch zehn Messerstiche, derartig, daß ihre Wiederherstellung ausgeschlossen erscheint.

Durch Einatmen von Gasen verunglückten auf den westfälischen Mineralwässern von Schmitz drei Arbeiter tödlich.

In der katholischen Pfarrkirche in Schwerin a. d. Warthe schoß nach den „N. Nachr.“ während der Messe der Arbeiter Johann Rauhe auf den gelebriehenden Zelan Hannemann. Der Schuß ging fehl die Kugel drang in den Arm ein. Der Attentäter wurde verhaftet.

Die Affäre im Berliner Spiel-Klub 1900 gelangte am Donnerstag abend bei einer Vorstandssitzung des Klubs zur Beratung, wobei beschlossen wurde, dem Geschäftsführer Mollheim 2 Monate Zeit zu geben, Material zu seiner Rechtfertigung herbeizuschaffen. Nach Ablauf dieser Zeit wird sich der Klub über die Austrittsanforderung, der Herr Mollheim nicht nachgekommen ist, schlüssig werden.

Im östlichen Teil des Szatmarer Komitats (Ungarn) ist ein Vollenbruch niedergegangen; zahlreiche Häuser sind eingestürzt; 11 Menschen sind umgekommen; die Saat ist zumest verunichtet und die Bahnverbindungen unterbrochen.

Aus Triest wird gemeldet: Der hier weilende Lebaudy, der „Kaiser der Sahara“, beging deartige Extravaganzen, daß die Behörden die Prüfung seines Ge-

steszustandes veranlaßten. Seine Begleiterin verlangte seine Verhaftung und glaubt, er sei geistesgestört.

In der Nähe von Cambridge fand man die am 20. Mai aus dem Schlafzimmer der Herzogin von Westminster gestohlenen Juwelen, die einen Wert von 180000 Mark haben. Am Dienstag Abend hatte die Geheimpolizei einen Mann verhaftet, der früher als Nachtwächter im Haushalt der Herzogin tätig war. Der Verhaftete erklärte, daß die Juwelen in einem Felde in der Nähe von Cambridge vergraben seien, und dies stellte sich als richtig heraus.

Norwegens Trennung von Schweden.

Stockholm, 16. Juni. Die Demonstration der organisierten Arbeiterchaft für den Frieden vollzieht sich unter kolossaler Beteiligung, trotzdem konservative Extrablätter die Bevölkerung auffordern, durch Fernbleiben die Straßen zu veröden. Die Trottoirs sind dicht besetzt. Auch im Zuge sind zahlreiche Angehörige anderer Massen. Diese Demonstration ist unstreitig ein bemerkenswertes politisches Moment.

Die Parußen in Rußland.

Eine Massenexekution.

Aus Warchau wird telegraphiert: Das Kriegegericht verurteilte am Mittwoch 46 während der letzten Revolution verhaftete jüdische Arbeiter wegen Aufruhrs zum Tode durch Erschießen.

Die russische Wahlkreiseinteilung.

Die Moskauer Stadtkanzlei hat eine Broschüre über die Organisation der Volksvertretung Rußlands herausgegeben. Für die 50 Gouvernements des europäischen Rußland sind bei 93,407,000 Einwohnern 627 Wahlbezirke mit einem Vertreter in jedem Bezirk vorgesehen. Zwecks Vereinfachung der Wahlen wird jeder Bezirk in Kreise geteilt. Solche sind vorgesehen im europäischen Rußland auf die 50 Gouvernements 15,116, auf 16 Gouvernements in Polen bei 9,402,000 Einwohnern 1610. Für den Kaukasus sind bei 9,289,000 Einwohnern 62 Vertreter, für Mittelasien bei 6,377,000 Einwohnern 41 Vertreter und für die 10 tibetischen Gouvernements 45 Vertreter bestimmt. Solcher Weise wird das ganze Reich, exklusive Finland, bei 125,640,000 Einwohnern in 22,000 Wahlbezirke oder 840 Wahlkreise geteilt. Für Moskau sind zehn Wahlbezirke oder 111 Kreise, für Petersburg 13 Bezirke oder 118 Wahlkreise vorgesehen. (Wird dieser Vorschlag zur Ausführung gelangt, wird noch mancher Tropfen die Rewa hinunterfließen. D. Red.)

Der Aufruch der Hereros.

Berlin, 16. Juni. Am 9. Juni kam es bei Aris zu einem Kampfe mit dem Hererokapitan Andreas. Nach 3 stündigem Gefecht floh Andreas in größter Panik nach Westen zu. Er verlor im ganzen 14 Mann, darunter seinen Sohn 250 Stück Großvieh, 800 Stück Kleinvieh, sowie Hausgeräte. Es ist anzunehmen, daß er den größten Teil seines Viehes eingebüßt hat. Diesseits fiel Leutnant v. Berse, Oberleutnant Krüger wurde leicht verwundet.

Der russisch-japanische Krieg.

Aus der Mandchurei.

General Linewitsch berichtet über einige kleine Erfolge bei Vorpostengefechten, Besetzung eines Dorfes und Bestörung eines japanischen Proviantlagers.

Der Waffenstillstand.

Zwischen den Regierungen von Tokio und Petersburg ist ein Meinungs-Austausch im Gange, der über Washington geführt wird und eine Zustimmung zwischen Linewitsch und Oyama im ferneren Osten zum Gegenstand hat. Während der Zusammenkunft soll ein Waffenstillstand eintreten, der der Friedenskonferenz den Weg ebnet soll. Ueber die Zeitdauer des Waffenstillstands ist noch nichts bestimmt, doch soll sie nur kurz sein, damit der Gang der Friedensverhandlungen nicht beschränkt ist.

Württembergischer Landtag.

k. Stuttgart, 16. Juni. Kammer der Abgeordneten. Präsident Payer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Der Staatsvertrag zwischen Württemberg und Bayern über die Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen zwischen beiden Staatsgebieten wird der volkswirtschaftlichen Kommission überwiesen. Man schreitet sodann zur Schlusabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen des Gesetzes vom 25. Juni 1894 über die Pensionsrechte der Körperschaftsbeamten und ihrer Hinterbliebenen. Der Entwurf wird genehmigt, ebenso der Entwurf eines Gesetzes betr. Änderungen des Beamtengesetzes v. 28. Juni 1876 und des Volksschullehrergesetzes vom 30. Dez. 1877.

Hierauf wird mit der Beratung der im 2. Nachtrag zum Hauptfinanzgesetz enthaltenen Erläuterungen von 50 000 Mark zu Vorarbeiten für die Herstellung eines Grobseilfahrtswegs auf dem Neckar v. a. n. Mannheim bis Heilbronn eingetreten.

Der. Erst. Haug (fr. Bgg.): In der Finanzkommission sei man gestern einstimmig zu dem Beschluß gekommen, diese Forderung zu genehmigen. Heute könne es sich wohl nicht darum handeln, diese Frage zu entscheiden, ob der Kanal gebaut werde oder nicht, aber es lasse sich ein Eingehen auf die materielle Seite der Frage doch nicht wohl vermeiden. Die Verbesserung der Wasserwege insbesondere die Erlangung einer den Anforderungen der Reizeit entsprechenden Schiffsahrtsverbindung mit dem Rhein stehe auch in Württemberg seit Jahren im Vordergrund des Interesses. Die Neckar Schiffahrt sei nach Eröffnung der Eisenbahnen mehr und mehr zurückgegangen, bis 1877 eine Aktiengesellschaft zur Einrichtung der Schlepsschiffahrt auf dem Neckar zwischen Mannheim und Heilbronn ins Leben gerufen wurde. Daß die Vorteile der Neckarwasserstraße nur dadurch zur vollen Geltung



kontinieren werden, daß die Abhängigkeit der Schifffahrt von den häufig eintretenden niederen Wasserständen beseitigt und der Verkehr von Schiffen mit bedeutenden Abwechslungen und großer Ladungsfähigkeit ermöglicht werde, diese Erkenntnis sei in den beteiligten Kreisen immer mehr zum Durchbruch gelangt. Das ganze Unternehmen sei jedenfalls von solcher Bedeutung, daß auch große staatl.liche Opfer zu seiner Erlangung sich recht wohl rechtfertigen dürften. Er empfehle den Komm. Antrag zur Annahme.

Beß (Wp.): In anerkannter Weise habe die Kommission den Beschluß gefaßt, die Position zu genehmigen. Er habe den Dank auszusprechen, den besonders die Heilbronner Geschäftswelt und Industrie dem hohen Hause heute aus diesem Anlaß darzubringen habe und er sei überzeugt, daß der Kanal s. B. nicht der Eisenbahn Konkurrenz machen werde. Ueberall, wo solche Kanäle erstellt worden seien, habe sich eine beträchtliche Erleichterung auf die Eisenbahnen und den Verkehr überhaupt wahrnehmen lassen. Nicht nur Handel und Industrie werden durch die Erstellung eines Kanals Nutzen haben, alle Bevölkerungsklassen und Bevölkerungsschichten und auch die Landwirtschaft werde hiervon profitieren. Besonders sei auch Friedrich Bist. ein Käufer nach einem Kanal in Württemberg gewesen. Auch des noch in Ludwigsburg lebenden Moler, der sich viel Nähe um die Einführung eines Kanals in Württemberg gegeben habe, könne hier gedacht werden. Wenn Prälat v. Demmler kürzlich befürchtet habe, daß die landschaftliche Schönheit darunter leiden könnte, so sei hervorzuheben, daß gerade die gewaltigen Gebilde von Menschenhand auch einen Reiz von Poesie in sich tragen.

Käß (Wp.): Er sei der Ueberzeugung, daß die Wasserstraßen für die Eisenbahnen keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung bedeuten. Selbstverständlich dürfe dann die Eisenbahn nicht mit Kampfziffern vorgehen. Der Wasserweg werde die gegebene Zukunftstransportstraße der Stoffe sein. Sollte der Kanal nicht gebaut werden, dann würde die schwere Industrie in Württemberg sich nicht weiter entwickeln können und genötigt sein, aus dem Lande zu verzehren. Die Landwirtschaft werde keinen Schaden, sondern wesentliche Vorteile aus einer Kanalisierung haben, ja auch eine Verbindung des Rheins und Neckars mit der Donau könne nicht unterdrückt werden. Bedauerlich sei, daß Baden sich in so abfälliger Weise über die Sache geäußert und sich beinahe auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt habe. Die Badener sollten ihren Kramerhandpunkt in dieser Frage aufgeben. (Präsident Payer bittet den Redner, seine Ausführungen über das Verhalten der Regierung eines Nachbarstaats zu mäßigen). Käß bittet zum Schluß um Annahme des Kommissionsantrags.

Membold (B.): Mit der Kanalfrage sei ein prägnanter Gedanke in unser Land hereingeworfen worden. Ueber die Frage der Kanalführung bis an den Bodensee habe sich der Minister des Innern in der Kommission dahin geäußert, daß allerdings, wenn die Kanalführung bei einer Verbindung zwischen Rhein und Donau bis Ulm möglich sei, dann die Gerechtigkeit und die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auch Oberdeutschens es angezeigt erscheinen lassen, daß der Kanal auch weiter bis an den Bodensee geführt werde. Doch dies sei ein Zukunftsprojekt. Es empfehle sich überhaupt, kühl, vorsichtig und nüchtern an die ganze Frage heranzutreten und sie eingehend nach allen Seiten zu prüfen. Dabei dürfe man nicht einseitig auf die Industrie Rücksicht nehmen, man müsse auch die Wirkungen auf die Landwirtschaft abwägen. Ohne greifbare sichere Hoffnungen dürfe man bei der gegenwärtigen Finanzlage gewagte, kostspielige Experimente nicht machen. Voraussetzung für den Kanalbau wäre auch, daß die Industrie erhebliche Beiträge leisten müßte, ebenso die Städte, die ihren Anteil an dem Gewinn haben. Das Beträum sehr der Sache wohlwollend entgegen, aber es verkenne die große Tragweite nicht und behalte sich freie Hand vor. Graf v. Ullrich äußert Bedenken bezüglich des Einflusses der Kanalisierung des Neckars auf den Ertrag der Forsten. Die Wehreinkehr der Röhle werde auf unsere Brennholzpreise einen gewissen Einfluß haben.

Dr. Hieber (D.P.): Er sei von dem Komm. Antrag befrüht. Es handle sich keineswegs um uferlose Kanalphantastereien, sondern um eine Frage von der allergrößten Wirtschafts- und verkehrspolitischen Bedeutung für unser Land. Wenn Süddeutschland in den letzten Jahrzehnten nicht den Fortschritt gemacht habe wie Norddeutschland, so hänge das zusammen mit der großen Entfernung der Absatzgebiete für unsere Industrie und mit dem Mangel an Wasserstraßen. Für unsere Erwerbszweige sei die Kanalfrage geradezu eine Lebensfrage. Auch wirke ein Kanal zentralisierend und verbinde die Entvölkerung des platten Landes. Die Befuhr von Rohmaterialien und die Abfuhr der Erzeugnisse seien für Industrie und Landwirtschaft von der größten Bedeutung, um seinen Platz behaupten zu können, es sei zu wünschen, daß aus der näheren Prüfung dieser Frage für Landwirtschaft und Industrie ein günstiges Ergebnis herauskomme.

Hausmann-Balingen: Die Frage der Neckarkanalisierung sei noch wichtiger als der Bahnhofsbau von Stuttgart und der Neubau des Hoftheaters. Mit dem Kanal werde unser ganzes wirtschaftliches Leben sich heben. Die Prüfung der Frage durch die Regierung solle unverzüglich vorgenommen werden. Für unsere Eisenbahn würde gar nichts ein besserer Zutreiber sein, als ein Hafen. Bei der Prüfung der Frage solle die Regierung auch die verschiedenen Typen ins Auge fassen; bis nach Heilbronn sollten immerhin Röhle bis 800 Tonnen geführt werden können. Für den Holzhandel sei die Schaffung eines Hafens ein großer Vorteil. Es müssen auch gleichzeitig die anderen Projekte ins Auge gefaßt werden. Der Staat müsse die Oberhand, die Tarifhoheit und die Aufsicht behalten. Er habe das Vertrauen, daß ein für den Verkehr so begünstigt gelegenes Land wie Preußen doch ein volkswirtschaftliches und bundesbrüderliches Verständnis dafür haben müsse, daß ein Land, das so ungünstig liege wie Württemberg, nicht durch die preussische Tarifpolitik auf den Wasserstraßen um die letzten Möglichkeiten einer freieren Betätigung gebracht werden dürfe. Auch von Baden brauche man freundliche Unterstützung. Es gebe kein historisch dauerndes

Werk in Württemberg als die Schiffbarmachung des Neckars herbeizuführen.

Kloß (S.): erklärt sein Einverständnis für die Fortsetzung von 50 000 M. Er und seine Fraktion werde auch später für den Kanal stimmen, wenn die Prüfung der Regierung dessen Rentabilität ergebe.

Minister Dr. v. Bischof freute sich über die zu Tage getretene Einstimmigkeit. Daß die Finanzfrage vorsichtig geprüft werden müsse, darüber sei er mit dem Abg. Membold vollkommen einverstanden. Er sei jedoch auch damit einverstanden, daß der Kanal, wenn er gebaut werde bis ins Herz des Landes geführt werden soll. Die großen Kohlenmengen die das Land benötige müßten wir hunderte von Kilometern weit herbeiführen und geben so allein für den Kohlentransport jährlich große Summen aus. Wie sehr darunter namentlich unsere Industrie leide, sei bekannt. Beim vorliegenden Projekt dürfe man aber auch die ungünstige Verhältnisse nicht außer acht lassen. Von 115 Km. zwischen Mannheim und Heilbronn würden nicht weniger als 91 Km. auf badischem Gebiet liegen. Wir müssen es zunächst Baden überlassen, wie es seine wirtschaftlichen Interessen einschätzen will. Wir hoffen daß unsere Untersuchungen Baden belehren. Sollte jedoch was man ja nicht hofft, dies Ergebnis der Untersuchung ungünstig ausfallen, so würde die vorliegende Ergänzung doch gerechtfertigt sein. Denn die Frage sei so wichtig und bedeutend für die ganz. Entwicklung unserer Industrie etc. daß man in dieser Frage klar sehen müsse, auch wenn es den wirrt. Staat eine nicht unerhebliche Summe koste.

Der Komm. Antrag wurde sodann einstimmig angenommen.

Ueber den Antrag der Kommission folgende Resolution zu beschließen: Die Kammer der Abg. spricht die Erwartung aus, daß die Regierung alle geeigneten Schritte zur Vermeidung der Schiffsabgaben auf dem Rhein ergreifen werden wird, wird namentlich abgestimmt. Es ergiebt sich jedoch Beschlusfähigkeit des Hauses. Hierauf wird abgebrochen. Nächste Sitzung Samstag vormittag.

k. Stuttgart, 16. Juni. Die volkswirtschaftliche Kommission der Kammer der Abgeordneten hielt heute Nachmittag unter dem Vorsitz ihres Vorsitzenden Käthe eine bis in die Abendstunden dauernde Sitzung ab, welcher der Minister der ausw. Angelegenheiten, Herr v. Soden, Staatsrat v. Balz, Präsident v. Fuchs und Ministerialrat Eitelstein anwohnten. Zunächst wurden die Referate über neueingekommene Bahnwünsche verteilt. Ehingen-Laupheim und Ravensburg-Ort werden dem Abg. Vogler zugeteilt, die Durchgangsbahn Ulm-Tübingen-Herrenberg-Weil der Stadt-Pforzheim dem Abg. Stadtmann in der Voraussetzung seiner baldigen Wiederherstellung referiert, Rogold-Quittenbach dem Abg. Dr. Hieber ins Referat gegeben. Sodann wurde über die Bahnlänge Tübingen-Herrenberg (Referent Dr. Hieber) und Kirchheim-Weilheim (Ref. Vogler) abgestimmt und dieselben einstimmig genehmigt. Die zu letzterer Bahnlinie vorliegenden Gesuche von Wittingen und Jelingen wurden nach eingehender Beratung als durch den gefaßten Beschluß erledigt erklärt. Eine längere Debatte entstand über das Projekt Schorndorf-Weilheim, worüber Dr. Hartmann Bericht erstattete. Dieser regte an, ob nicht in der Tracenführung einige Steigungen abgeschwächt werden könnten und ob dem Weilheimer Bahnhof nicht eine Lage zu geben sei, die eine spätere Fortsetzung einerseits nach Kaisersbach, andererseits nach Pfahlbrunn und Alsdorf ermögliche. Diese Anregung wurde von verschiedenen Seiten, insbesondere auch vom Abg. Hemming, unterstützt. Die Regierungsvertreter sagten nähere Prüfung zu. Einer Anregung, man möchte gleichsam als Entschädigung für diejenigen Orte, welche ein größeres Interesse an der Bahn nach Weilheim gehabt hätten, wenn der Anschluß in Badnang erfolgt wäre, wenigstens eine Stichbahn von Badnang bis Pöpsoldsweiler beizubehalten, wurde entgegengehalten, daß man bei allem Wohlwollen für diese Interessenten es ihnen selbst überlassen müsse, durch eine neue Eingabe sich nochmals an Regierung und Stände zu wenden. Schließlich wurde die Bahn Schorndorf-Weilheim mit allen Stimmen bei 1 Stimmenthaltung (Membold-Gmünd) genehmigt. Ebenso fand die Linie Göttingen-Gmünd, für welche Berichterstatter Dr. Hartmann eine Verbesserung der Kurven und der Steigungsverhältnisse wünschte, einstimmige Annahme. Die letzten Raten für Laupheim-Schwendi und Röhberg-Wurzach (Berichterstatter Vogler) wurden ohne Erörterung genehmigt. Der Art. 3 des Eisenbahnbankredittgesetzes, Staatsbeiträge zum Bau von Nebeneisenbahnen durch Privatunternehmer (Berichterstatter für 2 Fälle Dr. Hartmann und für einen Fall Vogler) wurde ohne wesentliche Erörterung genehmigt. Ueber Art. 4, Bau von zweiten Geleisen, erstattete Hemming ein einstündiges Referat. Der Artikel wurde schließlich einstimmig genehmigt. In Art. 5 werden Geldmittel (3. Rate) zur Erweiterung des Bahnhofes Mühlacker gefordert. Dieser Artikel wurde entsprechend dem Antrag des Berichterstatters Hildenbrand bewilligt. Sodann wurde noch über den Staatsvertrag mit Bayern wegen der Bahn Weikersheim-Böttingen usw. der Abg. v. Rieder mit der Berichterstatterin beauftragt, der jedoch entsprechend einer getroffenen Vereinbarung nur einen mündlichen Bericht erstatten wird. In der nächsten Woche wird die volkswirtschaftliche Kommission mit Rücksicht auf den Fronleichnamstag und die dringenden Arbeiten eine Sitzung nicht abhalten, dagegen wird gleich zu Beginn der übernächsten Woche eine Sitzung voraussichtlich anberaumt werden.

Aus Württemberg.

Stuttgart, 17. Juni. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags, Hildenbrand, Kloß, Blumhardt, Schäffler und Tauscher haben ihren Antrag eingebracht: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, die R. Staatsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Wilhelm Keil vom Landgericht Stuttgart eingeleitete Strafverfahren wegen Beleidigung eines Bundesfürsten für die Dauer der Session eingestell

Neckargartach, 16. Juni. Nach einer hier einge-

gangenen Mitteilung soll der Mörder der Familie Bullinger, Ernst Mogler in Frankfurt a. M. sich einen neuen Anzug und neue Stiefel gekauft und sich bei einem Schuhmacher umgezogen haben. Den Schuhmacher soll er beauftragt haben, ihm die Kleider an eine Frau Rädler Dicks nach Hamburg zu schicken. Nach dem Befund der sich aus den Geschäftsbüchern des ermordeten Bullinger ergeben hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dem Raubmörder etwa 1100 M. in die Hände gefallen sind. Ein Berichterstatter, der bei der Frankfurter Polizei Auskunft einzog, bringt die nähere Beschreibung des Mogler: Der Gefuchte ist 1.60 Meter groß, hat blonde Haare und kleinen blonden Schnurrbart und Sommerprossen im Gesicht er hat inzwischen in Frankfurt seinen Anzug gewechselt und trägt jetzt einen dunklen, hellgelbgrünen Anzug, rotblaues Flanellhemd, Stehragen mit kleinen umgebogenen Ecken, kleine rot und bläuliche Kravatte in Schmetterlingsform, weißen Strohhut mit großem Rand, schwarzem Band, und zwei eingebrückten Beulen, sogenannten „Popplahopp“-Hut, rehsbraune Schnürstiefel und gelben Spazierstock. Wie es heißt, hat Mogler sich nach Hamburg begeben. — Auf die Ergreifung des Mörders sind jetzt seitens der Heilbronner Staatsanwaltschaft 500 Mark Belohnung ausgesetzt. In der Mordsache selbst hat nun eine Verhaftung stattgefunden, die vielleicht auf die Spur des Mörders führt. Der Mann der Rädler Dicks in Hamburg, an die Mogler seine Kleider schickte, ist in Basel verhaftet worden. Er war in Frankfurt a. M. Zuhälter und soll dort Mogler bei der Flucht beistand haben gewesen sein und einen Teil des geraubten Geldes erhalten haben.

Ulm, 16. Juni. Das kaiserl. Gouvernement hat bestimmt, daß im Interesse der Bewohner der Städte Ulm und Neu-Ulm, um deren nächtliche Ruhe möglichst wenig zu stören, in der Zeit zwischen Pappentreich am Abend und morgens 7 bzw. 6 Uhr ohne Erlaubnis des Gouvernements die Truppen nicht mit Spiel durch die Straßen marschieren dürfen. Gleichzeitig gibt das Gouvernement den beiden Stadtverwaltungen zu erwägen, ob es nicht angezeigt sei, daß ähnliche Gesichtspunkte auch bei der Erlaubniserteilung für Durchmärsche von Vereinen anzuwenden seien.

In Eßlingen erhielt ein 18 Jahre alter Laufbursche einer Buchdruckeri den Auftrag, bei einem Bankgeschäft einen Wechsel im Betrag von gegen 200 Mark auszulösen. Statt diesen Auftrag auszuführen, unterschlug der Bursche die Summe und suchte damit das Weite.

In St. t a m m h e i m D A. Calw brannte Freitag morgen die Scheune der Kinderreitanstalt vollständig nieder. Das Vieh und die schwerbedachten Wohngebäude konnten gerettet werden. Der Brand wurde von einem Knaben der Anstalt gelegt; derselbe hat die Tat bereits eingestanden.

Der 68jährige Gemeinderat Lehmann in Sulz hat sich in seiner Wohnung erhängt. Die Tat ist auf tiefgehende Schwermut zurückzuführen. Lehmann war Witwer und kinderlos.

Kunst und Wissenschaft.

Stuttgart, 16. Juni. Agl. Hoftheater. Spielplan für die Zeit vom 18. Juni bis 3. Juli. Sonntag 18. Juni: Das Weichennädel. 19. Juni: Kyrius-Pyrius. 20. Juni: Mignon. 21. Juni: Nachmittags 6. Schülervorstellung: Wilhelm Tell. Abends: Charley's Tante. 22. Juni: Dagland. 23. Juni: Das Weichennädel. 24. Juni: Zum Besten der Bühnengenossenschaft und der Pensionskasse des Hoftheaters: Außer Abonnement: 1. Mal: Die Reise durch Stuttgart in 80 Stunden. 25. Juni: Das Weichennädel. 26. Juni: Unbestimm. 27. Juni: Das Weichennädel. 28. Juni: Nachmittags: 7. Schülervorstellung: Wilhelm Tell. Abends: Der Zigeunerbaron. 29. Juni: Die Reise durch Stuttgart in 80 Stunden. 30. Juni: Die kleinen Richard. 1. Juli: Die Reise durch Stuttgart in 80 Stunden. 2. Juli: Das Weichennädel. 3. Juli: Der Weineidbauer.

Berlin, 16. Juni. Der Zusammenbruch der Wolzogen-Oper ist nunmehr erfolgt. Heute abend findet keine Vorstellung mehr statt. Die Sagen der Mitglieder bis zum 1. Juli sind zu 90 % durch den aus dem Berliner Polizeipräsidium hinterlegten Fonds gedeckt. (Wolzogen hat den vergeblichen Versuch gemacht, die komische Oper in Deutschland wieder zu Ehren zu bringen. D. Red.)

— „Divina“ commedia. Serenissimus: Liebes Kindermann, ah, sagen Sie mal, was war Dante eigentlich für'n Landsmann? — Kindermann: Er war Italiener, Durchlaucht! — Serenissimus: „Ach, na dann hat er sich wohl längere Zeit in Oesterreich aufgehalten, was? — Kindermann, Doch nicht, Durchlaucht! — Serenissimus: Na, ah, warum nennt dann der Mensch sein Stück: „Die Wiener Komödie?“

Handel und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 3. Juni. Wochenmarkt. Auf dem Engrosmarkt waren 500 Körbe mit Kirchen angefüllt. Preis 12-22 Pf., das Pfd. im Einzelverkauf um 6 Pf. teurer. Prestlinge kosteten im Großen 28-30 Pf., das Pfd. Walderbeeren 00 Pf., das Pfd. Auf dem Gemüsemarkt kosteten Eisäcker Spargeln 00 Pf., das Pfd., Schwieger Spargeln 40-50 Pf., das Pfd. Untertürkheimer Spargeln 60-80 Pf., der Bund Kohlrabi 0-0 Pf., das Stück, Gurken 16-50 Kettliche zu 0-0 Pf., Wirting zu 20 Pf., Kopfsalat 3-5 Pf., das Stück, hiesige breite Bohnen 74-80 Pf., Brodfeinchen zu 20-25 Pf., franz. Tomaten zu 70 Pf., das Pfd., In den Bildpret- und Geflügelständen gab's Reischlegel zu 1.20 M., 1 Hg. Reishier zu 1.30 M., 1 Gans zu 4.60-4.80 M., Auf dem Viehmarkt kostete saure Butter 95-1.00 M., süße Butter 1.20 M., 1 Ei 6-7 Pf., Pfd. alte Kartoffeln 5-6 Pf.

Ulm, 17. Juni. Der Dollmarsi wurde gestern vollständig ausverkauft. 5800 waren insgesamt 5800 Renter oder 70 000 Bund gegen 8 000 im Vorjahre zugeführt. Die Preise waren bei sehr lebhaftem Handel entgegen der Erwartung wieder in die Höhe gegangen und erreichten die Summe von 140 M. Im Vorjahre bewegten sich die Preise zwischen 180 und 188 M.

Ulm, 17. Juni. Auf hiesiger Markung tritt die Blausäure an den Obstbäumen in vielen Gärten in besonders starkem Maße auf. Das R. Oberamt fordert daher die Besitzer, Wächter und Anbauern von Obstgärten zur Bekämpfung der Schädlinge und zur genauen Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften auf.

Vom Bodensee, 16. Juni. Das Kistergut Paradies bei Diegenhofen am Rhein ging um 1/4 Millionen Franken an D. Brenner in Konstanz über.

Historische Gedenktage. 18. Juni.
 1155. Barbarossa zu Rom gekrönt.
 1815. Schlacht bei (Waterloo) Belle-Alliance.
 1868. Einzug der Preußen in Dresden.
 1885. Der Schlachtenmaler Wilhelm Camphausen in Düsseldorf gestorben.
 1896. Einweihung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. auf dem Kyffhäuser.
 19. Juni.
 325. Konzil zu Nicäa.
 1566. Jakob I., König von England, geboren.
 1762. Rousseaus Schriften in Genf verbrannt.
 1792. Gustav Schwab, Dichter, geboren.
 1867. Maximilian von Mexiko erschossen.
 1872. Der deutsche Reichstag beschließt die Ausweisung der Jesuiten.
 1884. Der Historiker Johann Gustav Droysen in Berlin gestorben.

1902. König Albert von Sachsen in Sibyllenort (Schlesien) gestorben.

Aus Stadt und Umgebung.

* Die letzterschienene Fremdenliste gibt die Zahl der bis jetzt erschienenen Fremden auf 3054 an.
 Schwann, 17. Juni. Die Gemeinde versteigert am 21. ds., vormittags 9 Uhr, auf dem Rathaus Brennholz, Nadelstammholz sowie Bau-, Hag-, Poppen- und Reisstangen.
 Pforzheim, 17. Juni. Die über die Kreisstraße Wislerdingen-Einmündingen verhängte Straßensperre ist aufgehoben worden.

Letzte Nachrichten.

München, 17. Juni. In der Nähe von Kaiserslautern wurde heute bei einem schweren Gewitter ein 21jähriges Mädchen, das mit seinem Bruder unter einen

Baum geflüchtet war, vom Blitz getötet. Der Bruder blieb unverletzt.

Stockholm, 17. Juni. Die Regierung hat die Gesandtenposten in Konstantinopel, Wien, Haag, Kopenhagen, Tokio, Washington und Rom neu befehrt.

Berlin, 17. Juni. Reuter bringt aus Kapstadt die Nachricht, daß die Hottentotten Warmbad feingewonnen hätten.

Paris, 17. Juni. Rouvier empfing heute die englischen Botschafter. Der japanische Gesandte hat dem Ministerpräsidenten gestern den Wortlaut der japanischen Antwort auf den Vorschlag Roosevelts übermittelt.

St. Petersburg, 17. Juni. General Linewitsch telegraphiert dem Kaiser unterm 16. ds.: Heute morgen hat die Vorhut des Feindes unsere Vorposten auf der Front westlich der Eisenbahn angegriffen. Ein Posten südlich von Palitun wurde durch zwei Kompagnien Japaner zurückgeworfen.

Most-Zibeben
 sind zu haben bei
 Chr. Brachhold.

Süßrahm-Tafelbutter
 stets frisch empfiehlt
 C. Aberle sen.
 Inh.: E. Blumenthal.

Friedrichsdorfer Zwieback
 von Emil Pauly, Bad Homburg v. d. H., empfiehlt zu Originalpreisen
 Bäcker Bechtle.

Schinken und Stuttgarter Würstwaren
 empfiehlt täglich frisch
 Adolf Blumenthal.

Citronen und Drangen
 sind frisch eingetroffen bei
 Theodor Bechtle.

Selbstgebrannter Frucht-Branntwein
 ist fortwährend zu haben bei
 A. Wetterle.



Milchwirtschaft Gartenhaus.
 Kuh- und Ziegenmilch
 (stets frisch)
 wird täglich verabreicht.
 Vollmer
 oberhalb der Turnhalle

Spratt's Patent-Rückenfuttermittel
 sowie sämtliche Futtermittel
 zc. zc. empfiehlt
 Bäcker Bechtle.

Wildbad. Bekanntmachung.
 In einer Badestadt, in welcher Kranke Genesung und Erholung suchen, ist Ruhe und Ordnung namentlich zur Nachtzeit erste Bedingung.
 Nach Par. 360 Z. 11 des deutschen Strafgesetzbuchs ist jede in ungebührlicher Weise verübte Ruhestörung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bedroht, sei es auf der Straße, sei es in einer Wirtenschaft oder sei es in einem mitbewohnten Hause; ob durch Menschen oder Tiere veranlaßt.
 Nach den hiesigen ortspolizeilichen Vorschriften vom 16. Mai 1873, Par. 2 Biff. 26 ist nachts 10 Uhr jedes mutwillige Schreien, Fluchen, Schimpfen, Lärmen, Händeln, Schlägereien, Pfeifen; desgleichen das Singen, namentlich das Singen Angetrunkenen und jede die Ruhe störende Unterhaltung und Handlung auf den Straßen verboten und strafbar.
 Ferner ist auf Grund der ortspolizeilichen Vorschrift vom 21. Juli 1885/22. Februar 1896 ohne spezielle polizeiliche Erlaubnis verboten: alles Singen, Musizieren und jedes Lärmen (auch Regeln) in den Wirtschaften und Wirtschaftsgärten (Regelbahnen) nachts 10 Uhr.
 Für die Einhaltung dieser Vorschrift ist neben den Gästen auch der Wirt verantwortlich; also im Falle des Zuwiderhandelns strafbar.
 Die Polizei ist angewiesen, die Einhaltung vorstehender Vorschriften streng zu überwachen, und die Exzedenten unmaßsächlich zur Anzeige zu bringen.
 Die Einwohnerschaft und tit. Fremden werden dringend ersucht, die Polizei in Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nach allen Beziehungen zu unterstützen.
 Den 16. Juni 1905. Stadtschultheißenamt: Böhner.

Zur gefl. Beachtung!
 Teile meiner werthen Kundschaft mit, daß ich die von Herrn Eugen Reinhardt bisher innegehabte
Kohlenäure-Vertretung
 von heute ab Herrn
Christian Schmid
 Sodawassergeschäft
 übertragen habe und empfehle
 garantiert natürliche Kohlenäure
 per Flasche Mk. 3.50 frei ins Haus
 zur gefl. Abnahme.
H. Schönfiegel
 Gas- und Wasserleitungsgeschäft
 Pforzheim.



Gustav Kuch
 empfiehlt:
Damen- und Kinderwäsche, Taschentücher
 sowie selbst angefertigte
 weiße Unterröcke. Handschuhe in Glace und Seide
 prima Qualität.
Mützen für Mädchen,
 seidene Charpes, Schürzen und Gürtel.
 Ferner neu eingetroffen:
 Jackets, wasserdichte Wetterkragen,
 Staubmäntel, Kostüm-Röcke und Blousen
 zu allerbilligsten Preisen.
 Calmbach.

Sämtl. gangbare T-Träger
 liefert und hält auf Lager zu den billigsten Tagespreisen.
 Außerdem empfehle ich mich zur Lieferung von
sämtlichen Oefen und Herden
Gottlob Kübler
 Vertreter der ersten Rastatter Heerdabrik
 Untel, Wälf und Zwieselhofer.

Calmbach. Gasth. z. Krone
 mit Gartenwirtschaft.
 Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
 Spezial-Ausgang der Aktien-Brauerei Wulle-Stuttgart,
 hell und dunkel.
 Reine Weine. Kaffee. Keelle Bedienung.
 Schöner neuerrichteter Saal. Pension im Hause.
 Mittagstisch 12 1/2 Uhr. Forellen.
 Direkter Zugang zum Wald.
 Einem geehrten Besuch empfiehlt sich
Otto Rühle.
 Koch.
 Telefon Nr. 69.

Mein Lager in
Bettfedern und Flaum
 bringe ich in empfehlende Erinnerung, ferner mein
 großes Lager in
Kravatten, schwarz und farbig,
Kragen, Manschetten, Serviteurs,
Schürzen, weiß und farbig,
 ferner empfehle
 allerlei Besatzartikel für Kleider u. Blusen
 zu den billigsten Preisen.
Gottf. Rixinger.

Gold- und Silberwaren-Reparatur-Geschäft
 von
Fr. Staib, Wildbad,
 König Karlstrasse 91.
Wildbad.
 Anfertigung und Lager
 sämtlicher Bijouterie-Artikel
 sowie
Ringe, Broschen, Ketten u.s.w.
 Reparaturen schnell und billig.

Drucksachen aller Art
 fertigt die
 Buchdruckerei Bernh. Hofmann.

10 Pfennig täglich
 hat jedermann übrig,
 um sich einen kostbaren
 Schatz für alle Zeiten zu
 erwerben, der ein Schmuck
 für sein Heim ist und eine
 unerschöpfliche Quelle der
 Belehrung sowie Unter-
 haltung bietet.
 Man benutze untenstehen-
 den Bestellschein, um die
 allerneueste 6. Auflage
 des berühmten Grossen
 Meyers Konversations-
 Lexikon geliefert zu
 erhalten, das alles mensch-
 liche Wissen vom Anfang
 der Welt bis zum heutigen
 Tage umfaßt.
 Louis Schneider & Co.
 Berlin S., Moritz-Str. 6

Güte hier abzutrennen und ungelesen einzusenden.
Bestellschein. Hierdurch bestelle ich die allerneueste
 6. Auflage von Meyers Grossen Kon-
 versations-Lexikon gegen monatliche Ratenzahlung von 3 Mk. Preis
 pro Prachtband mit Goldschnitt 12 Mk. (ohne Regal), wovon
 komplett 20 Bände erscheinen. Ich verpflichte mich, nach Emp-
 fang der ersten Sendung mit den monatlichen Raten zu beginnen
 und dieselben bis zur Deckung des Kaufpreises franko einzusenden.
 Das Eigentumsrecht der liefernden Firma an den unbezahlten
 Bänden und deren Wohnsitz als Erfüllungsort erkenne ich an.
 Ort u. Strasse: Name u. Stand: